

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Haackfeld, sämtlich in Posen.

Posener Zeitung

Abendausgabe

Jahrgang

Inserate

werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei G. H. Schick, Hofstr., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Reichel, in Firma J. Krumm, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei J. Ehrhardtsch, in Mejeritz bei P. Matkias, in Breschen bei J. Jodelohn u. b. d. Zimrat-Annahmestellen von G. L. Danke & Co., Saalestein & Bogler, Rudolf Hofe und „Invalidenbank“.

Nr. 177

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, am Sonntag und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Posen, 5.45 M., für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 11. März.

Inserate, die schlagzeilige Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 M., auf der letzten Seite 20 M., in der Mittagsausgabe 25 M., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Amtliches.

Berlin, 10. März. Der König hat den Unterstaatssekretär im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. Barkhausen unter Beilegung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat Excellenz zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths ernannt und dem Direktoren der Ministerial-Militär- und Baukommission, Geheimen Regierungsrath Kaiser zu Berlin den Charakter als Geheimer Ober-Regierungsrath mit dem Range eines Raths zweiter Klasse verliehen.

Deutschland.

Berlin, 10. März.

Die von der „Frankf. Ztg.“ gebrachte Nachricht, daß sich der französische Botschafter in Berlin, Herr Herbet de Nemours, mit Urlaub nach Paris begeben werde, wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ als falsch bezeichnet.

Dem nunmehr definitiv aus seinem Amte geschiedenen bisherigen Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths, Wirklichen Geheimen Rath Dr. Hermès, wurde der Rote Adlerorden I. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Die Meinung, daß der Vertretung des Elsaß-Lothringischen Landesausschusses bei ihrem Empfange durch den Kaiser Aussicht auf Wiederaufhebung der Passmaßregeln gemacht werden dürfte, ist in Deutschland ziemlich allgemein verbreitet. Daß man ähnliche Ansichten auch an der Seine hegt, geht aus folgender, vielleicht mehr die öffentliche Meinung als bestimmte Eröffnungen von zuständiger Seite wiedergebender Meldung hervor, die der „Voss. Ztg.“ aus London zugeht. Dieselbe lautet: Der Pariser Berichterstatter des „Times“ erfährt von angeblich maßgebender Seite, es wäre ein Irrthum, den vom Kaiser Wilhelm in Sachen des Passzwanges gethanen Schritt einer ungenauen Kenntniss des Sachverhalts zuzuschreiben. Der Kaiser hält es für seine Pflicht, der veröhnlichen Haltung Deutschlands nicht den Anschein von Schwäche oder Erniedrigung zu geben. Der Kaiser habe erklärt, die Maßregel sei nur eine zeitweilige Nothwehr, hinter welcher er sicher den nicht fernem Tag erwarten könne, wo die wirkliche Meinung der französischen Nation urtheile über diese nutzlosen Aufzehrungen, die eine ständige Gefahr für alle seien. Sobald diese Umwälzung offenkundig sei, werde der Kaiser die Passstrafen wieder fallen lassen.

In Elsaß-Lothringen werden, wie das „Els. Journ.“ meldet, die Polizeivorschriften betreffend den Fremdenverkehr auf das Strengste durchgeführt. Ein französischer Handlungsreisender aus Sedan, welcher vorgestern über Dugernburg nach Metz gekommen war, ist gestern ausgewiesen und an die Grenze geführt worden. Für den Verkehr zwischen den Grenzgemeinden verlangen die deutschen Behörden von den Personen französischer Nationalität den Nachweis durch Zeugnisse, daß sie in benachbarten deutschen Ortschaften zu thun haben. Die Züge von Avricourt sind von einem Polizeikommissar in Zivil begleitet. In dem Orient-Expresszug hat der Kommissar ein besonderes Kupee. Zu Straßburg setzt er sich mit einem Polizeibeamten, der ebenfalls in Zivil ist, in Verbindung und steigt dann wieder ein, um den Zug bis zu einer der süd-deutschen Stationen zu begleiten.

In Bezug auf die Verhandlungen über die Schiffsbauten wird der „Vib. Korresp.“ folgendes mitgetheilt: Die Marineverwaltung hat von vornherein sich mit dem Antrag Manteuffel, zwei Panzerschiffenboote zu bewilligen, einverstanden erklärt; sie hat nicht, wie anderweitig gemeldet wird, das Anerbieten gemacht, die eine der im vorigen Jahr bewilligten Kreuzerfortsetzer fallen zu lassen, sondern dies wurde bei den Besprechungen während der Sonnabend-Sitzung gegenüber dem Anerbieten des Reichsfanzlers, von den weiteren Kosten der Panzerschiffe Abstriche zu machen, von einem Theil der Freimüthigen verlangt und von dem Abg. Windthorst in seiner Rede sofort als erwägungswürdig bezeichnet. Gestern hat ein Theil der freimüthigen Mitglieder der Budgetkommission einen dahin gehenden Antrag formulirt und mehreren Mitgliedern der Kommission privatim mitgetheilt. Verhandelt wird darüber morgen in der Budgetkommission.

Daß die Aufstellung des Fürsten Bismarck als Reichstagskandidat im 19. Hannoverischen Wahlkreise mit Wissen und Willen des nationalliberalen Zentralkomitees in Berlin erfolgt sei, wird von der „Nat. Ztg.“ wie folgt dementirt: Aus dem 19. Hannoverischen Wahlkreise, so schreibt das Blatt, ist seitens des nationalliberalen Wahlkomitees an das Zentralkomitee nach Berlin berichtet worden, daß der Landtagsabgeordnete Schoof in der Vertrauensmännerversammlung zu Otterndorf am 5. d. M. berichtet habe, „mit Zustimmung des Zentralkomitees in Berlin, bezw. im Auftrage desselben den Fürsten von Bismarck zum Reichstagskandidaten vorzuschlagen zu müssen.“ Das Zentralkomitee der nationalliberalen Partei hatte dem Herrn Abg. Schoof in Bezug auf diese Kandidatur weder einen Auftrag noch eine Ermächtigung ertheilt.

Der „Irrsinn Eugen Richters“, wie der Schwiegerjohn des Herrn Liebknecht, Abg. Kunert in einer geschmackvoll titulirten sogenannten Gegenbroschüre die bekannte Streitschrift des freimüthigen Führers nennt, die in allgemein verständlicher Darstellung eine vernichtende Kritik der sozialistischen Theorien enthält, wird den Herren Sozialdemokraten doch immer unbequemer. So äußerte kürzlich der bekannte sozialdemokratische Agitator, Regierungs-Baumeister a. D. Kessler im sozialdemokratischen Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, daß, wenn man jetzt in Versammlungen außerhalb Berlins komme, man immer auf die fatale Broschüre des Herrn Richter, die „Irrlehren der Sozialdemokratie“ stoße. Herr Kessler führte in seiner Rede dann aus, daß in den „Irrlehren“ als Programmpunkt der Sozialdemokratie das Theilen bezeichnet sei, was Herr Kessler zu bestreiten suchte. — Thatsächlich ist in der Broschüre dargelegt, daß die Sozialdemokratie nicht das Eigenthum, sondern den Ertrag aus der Gesamtproduktion theilen wolle. Wie wenig bei dieser Theilung herauskommt, hat allerdings die Broschüre in einer für die Sozialdemokratie sehr unbequemen Weise dargelegt.

Ueber ostafrikanische Eisenbahnfragen hat nach der „Post“ am 5. d. M. in Berliner Kolonialkreisen eine Besprechung stattgefunden, zu der unter anderem Dr. Baumann, Konsul Bohnen und Dr. Peters eingeladen waren. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Aus dem Bericht der „Post“ geht hervor, daß die Herren sich über den Eisenbahnbau in Ostafrika selbst noch vollständig im Unklaren sind. Die meisten Ansichten soll die Bahn nach dem Kilimandscharo haben. Im Ganzen tauchte etwa ein halbes Duzend Projekte auf, von denen aber immer die eine Route von den Projektmachern der anderen Route bekämpft wurde.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Die Budgetkommission des Reichstags nahm heute bei der Berathung des Etats des Reichsinvalidenfonds folgende beide Resolutionen des Abg. Richter einstimmig an: Der Reichstag wolle beschließen: 1. die verbündeten Regierungen zu eruchen, in Erwägung zu ziehen, inwiefern aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds für die Militärpersonen der Unterklassen, welche durch den Krieg Invalide geworden sind, eine Erhöhung an Pensionszulagen oder eine Erhöhung der Entschädigung für Einbuße an der Erwerbsfähigkeit angezogen werden könne; 2. die verbündeten Regierungen zu eruchen, in Erwägung zu ziehen, inwiefern die Kriegsinvaliden aus der Zeit vor 1870/71 den Kriegsinvaliden aus dem Kriege von 1870/71 gleichzustellen sind.“ Ferner beantragte der Abg. v. Manteuffel, „der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen, in Erwägung zu ziehen, inwiefern die Unzulänglichkeiten zu beseitigen sind, die sich bei Anwendung der §§ 33, 102, 103 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 und des § 15 der Gesetzesnovelle vom 4. April 1874 fühlbar gemacht haben.“ Es handelt sich dabei um das Ruhen der Pension in gewissen Fällen, um die Anrechnung der Pension auf das Zivilgehalt u. s. w. Von freimüthiger Seite wurde die Fassung dieses Antrages als unzureichend beanstandet. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Breslau, 9. März. [Die Ersparnisse des armen Dienstmädchens.] In dem Hause, in welchem im Jahre 1887 und 1888 der Tischlermeister Franz Hübner seine Wohnung und Werkstatt inne hatte, diente die unberechnete L. Da beide aus Posen stammten und der polnischen Sprache mächtig waren, verkehrte letztere oft in der Hübnerschen Wohnung, um sich polnisch zu unterhalten. Bei Gelegenheit hatte die L. dem Hübner mitgetheilt, sie habe sich bei ihrer Herrschaft, bei welcher sie schon 17 Jahre konditionirte, mehrere Hundert Mark erspart. Hübner nahm daraus Veranlassung, die L. recht bald um ein Darlehen anzugehen, und das Dienstmädchen handigte ihm auch ohne Wissen ihrer Herrschaft die beanpruchte Summe von 100 Mark aus. Wenige Wochen später brauchte Hübner schon wieder Geld, begnügte sich aber diesmal mit einem kleineren Betrage; dann verlangte er in immer kürzeren Fristen je 20 bis 30 Mark, bis er schließlich sämtliche Ersparnisse der L. in Höhe von 230 M. an sich gebracht hatte. Jetzt gaben er und seine Ehefrau über das Darlehen einen Schuldschein; an eine Rückzahlung der Summe oder eines Theiles derselben schien das Ehepaar aber nicht zu denken. Im Jahre 1888 war Hübner vollständig ausgepöndelt worden und kurze Zeit darauf siedelte er nach Posen über. Schließlich theilte das Dienstmädchen die ganze Sachlage ihrer Herrschaft mit, worauf diese die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige brachte. Hübner und dessen Ehefrau wurden wegen Betruges unter Anklage gestellt und hatten sich heute vor der II. Strafkammer zu verantworten. Die Angeklagten sahen die Sache als ein einfaches Schuldverhältnis an; Staatsanwalt und Gerichtshof erachteten aber nach erfolgter Vernehmung des Dienstmädchens für erwiesen, daß Hübner dem unerfahrenen Mädchen vorgerebet habe, daß er sich in ganz guten Vermögensverhältnissen befinde, während er nachweislich schon damals nur vom Schuldenmachen existirte. Hübner ist bereits wegen Arrestbruchs und wegen Diebstahls vorbestraft, und dies zog der Staatsanwalt bei seinem auf 1 Jahr Gefängniß lautenden Antrage in Betracht; gegen die Ehefrau brachte er wegen Beihilfe zum Betrüge 6 Monate Gefängniß in Antrag, das Strafkammer-

Kollegium hielt den Schuldbeweis gegen die Ehefrau nicht für ausreichend gesichert, weshalb das Urtheil gegen sie auf Freisprechung lautete; der Ehemann wurde dagegen zu 1 Jahre Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt und wegen Fluchtverdacht seine Ueberführung in die Untersuchungshaft beschlossen.

Vermischtes.

† Franz Biegler erzählte in der Rede, die er bei der Jubelfeier seines 70. Geburtstages am 4. Februar 1873 seinen fortgeschrittenen Freunden hielt, von der Nichtigkeit der guten alten Zeit. Er hatte noch gesehen, daß die Reitsche des gnädigen Herrn auf den Rücken des Bauern fiel und fand es merkwürdig, daß Leute bürgerlichen, fantompflichtigen Standes der guten alten Zeit reden, denen damals ein vierzehn- oder sechzehn-jähriger Junker vom Regiment die Schenke zerbah, während sie bei der geringsten Widersehtlichkeit die Strafe der Spießruten in Aussicht hatten. Biegler kam auf das vielleicht ganz wohlmeinende, aber bis zur Unfähigkeit examinierte und dressirte Beamtenthum zu sprechen. Er erzählte, wie er als Oberbürgermeister von Brandenburg zu denjenigen Männern gehörte, welche im Jahre 1843 die Potsdam-Magdeburger Bahn ins Leben rufen wollten, wie er dieserhalb auch zum Finanzminister gegangen sei. Der nahm ihn sehr gnädig auf, ließ ihn zu sich auf das Sopha setzen und wurde ganz vertraulich. „Mit einer Miene, die an Gutmüthigkeit, Wohlwollen, aber auch an subjektiver Dunkelheit nichts zu wünschen übrig ließ, sagte er: „Nun lassen Sie uns einmal nicht als Minister und Oberbürgermeister, sondern ganz als Private sprechen; halten Sie es denn wirklich für einen Vortheil für eine Stadt, wenn sie an eine Eisenbahn kommt?“ Ich gestehe, daß ich Furcht bekam und ängstlich nach der Thürschwelle sah, um mich eventuell zu retten.“ Franz Biegler fürchtete, der Mann wäre toll geworden, aber ähnlich unbegründete Aeußerungen werden Reformen gegenüber von sogenannten Sachverständigen am grünen Tisch noch oft zu hören sein. Auch heute gegenüber Tarifreformvorschlägen bei Staatsbahnen.

Hochwasser.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Poggorzelle vom 11. März 4.89 Meter. Telegramm aus Pleschen vom 10. März: Prozna seit gestern um 25 Zentimeter gefallen. Telegramm aus Schrimm vom 11. März 3.44 Meter.

—b. Posen, 11. März. Für die Dauer der Hochwassergefahr ist seitens der hiesigen Polizei-Direktion in den Polizei-Revieren des Ueberschwemmungsgebietes ein ständiger Nachtdienst eingerichtet. In den Bureaus des 1., 2., 3. und 5. Reviers sind die ganze Nacht hindurch Polizeibeamte anwesend, welche bei eintretender Gefahr gemeinschaftlich mit der städtischen Feuerwehr zur ersten Hilfeleistung bereit sind. — Laufbrücken haben neuerdings auf dem unteren Theile der Fischerei und in der Schützenstraße errichtet werden müssen. Auf der Eichwaldstraße besorgen den Verkehr 2, auf der Fischerei 1 Kahn. Bisher haben 84 Familien mit insgesamt 344 Köpfen ihre Wohnungen räumen müssen. Dieselben sind in der Wallischschule untergebracht; heute wird die Domschule für weitere Familien, die ihre Wohnung verlassen müssen, frei gemacht. — Gestern Nachmittag besuchte der Herr Oberpräsident in Begleitung des Herrn Polizeidirektors sämtliche Stadttheile, die übersfluthet sind, und überzeugte sich von dem zum Schutze der Benohrten getroffenen Maßnahmen. An der gestrigen unter Vorsitz des Herrn Stadtbaurath Grüber abgehaltenen Konferenz, zu der die Revierkommissarien zugezogen waren, nahm auch der Herr Regierungspräsident Theil.

Breslau, 10. März. Ueber den Eisgang in Oberschlesien und die dadurch herbeigeführten Schäden liegen folgende Nachrichten vor: Der alte Lechnitzteich unterhalb Loslau ist durchbrochen, 400 Morgen drainirte Fläche sind übersfluthet. Im Kreise Rybnik ist eine Anzahl Vieh ertrunken, Lebensmittel und Futter verdorben. Die Menschen flüchten auf die Böden. In Oppeln ist das Hochwasser in bedrohlicher Weise gestiegen. Eine Katastrophe ist bisher nicht eingetreten. Bei Kasselwitz ist in Folge Austretens der Hohenplog am Sonnabend ein größerer Dammrutsch auf der Strecke Wislowitz-Sieradowa erfolgt. Der Personen- und Güterzugverkehr ist in Folge Beschädigung der Brücke, deren Beseitigung sofort bewirkt wurde, eingestellt.

Lothales.

—b. Auf den schlechten Zustand des Pflasters in der Neuenstraße wiesen wir schon gestern hin. Gestern Abend sank dort an einer Stelle wieder ein Abfuhr-Wagen ein Stück tief ein und konnte nur durch Vorlegung eines zweiten Gespannes wieder flott gemacht werden. Heute ist man an die Reparatur des Pflasters gegangen. * Aus dem Polizeibericht vom Dienstag: Verloren: ein Muff.

Vom Wochenmarkt.

8. Posen, 11. März. Der Ztr. Roggen 8—8.25 M., Weizen 9—9.25 M., Gerste 6.75—7 M., Hafer 6.75—7 M., Erbsen 7—7.25 M., weiße Bohnen 9.75—10.50 M., blaue Lupine 3.75—4 M., gelbe Lupine bis 5 M.

